

Beschlussvorlage

Tagesordnungspunkt:

3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 6 N "Kalsbach" gem. § 13 Baugesetzbuch;
 a) Ergebnis der Beteiligungsverfahren gem. § 13 i.V.m. §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB,
 b) Satzungsbeschluss

Beratungsfolge:	Sitzungstermin	Abstimmungsergebnis		
		einst.	Enth.	Gegen.
Bau- und Planungsausschuss	18.08.2021			
Rat	14.09.2021			

Finanzielle Auswirkungen:

Nein Ja

Ergebnisplan

Finanzplan

Ertrag/Einzahlung		Aufwand/Auszahlung	
Kostenstelle		Produkt	
Investition		Sachkonto	

Sachverhalt:

Der Haupt- und Finanzausschuss hat im Namen des Rates der Gemeinde in seiner Sitzung am 27.04.2021 beschlossen für den Bebauungsplan Nr. 6 N „Kalsbach“ eine 3. vereinfachte Änderung durchzuführen.

Ziel der 3. Änderung ist es, eine Baugrenze um 2,00 m in südwestliche Richtung zu verschieben um eine aufgelockerte Bebauung zu ermöglichen. Durch die beabsichtigte Änderung werden die Grundzüge der qualifizierten Planung nicht berührt.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgte im Rahmen einer öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB vom 14.06. bis einschl. 14.07.2021. Die Nachbargemeinden sowie die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden gem. § 13 Abs. 2 in Verbindung mit § 4 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 10.06.2021 an der Planung beteiligt. Über die im Rahmen dieser Beteiligungsverfahren vorgetragene Stellungnahme ist nun abschließend abzuwägen und zu beschließen.

Einzelheiten hierzu ist der beigefügten Fotokopie der Originaleingabe sowie einer Auflistung mit Abwägungs- und Beschlussvorschlägen zu entnehmen.

Nach Abwägung und Beschlussfassung über die vorgetragene Stellungnahme ist das Verfahren soweit gediehen, dass für die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 6 N „Kalsbach“ der Satzungsbeschluss gefasst werden kann.

Anlagen:

- Fotokopie der Originaleingabe
- Abwägungsliste zu der eingegangenen Stellungnahme mit Beschlussvorschlägen
- Planzeichnung der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 6 N „Kalsbach“ gem. § 13 BauGB mit textlichen Festsetzungen
- Begründung
- Protokoll zur Artenschutzprüfung Stufe I (ASP I) gem. § 44 Abs. 1 BNatSchG

Beschlussvorschlag:

a) Über die Stellungnahme, die während der Beteiligungsverfahren gem. § 13 Abs. 2 i.V. mit §§ 3 Abs. 2 BauGB und 4 Abs. 2 BauGB vorgetragen wurden, wird wie in der beigefügten Liste dargelegt, abgewägt und beschlossen.

b) Die 3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 6 N „Kalsbach“ gem. § 13 BauGB, wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB vom 03.11.2017 (BGBl. I S.3634) in Verbindung mit § 7 GONW (GV NRW S. 666/SGV.NRW 2023) in der zuletzt geltenden Fassung als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gem. § 9 Abs. 8 BauGB eine Begründung beigefügt.

Im Auftrag:

gez. Christoph Dreiner

Marienheide, 09.08.2021